Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 56 (1964)

Heft: 10

Rubrik: Impressum

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

die mit Beamtenrechten befaßte Abteilung des Bundesinnenministeriums) sind fast ausschließlich mit ehemaligen PGs besetzt. In Aachen, Bonn, München-Gladbach, Köln, Krefeld, Düsseldorf, Essen, Dortmund und Gelsenkirchen sind die Leiter der Kripo durchwegs ehemalige SS-Sturmbannführer. Der Kriminaldirektor in Nordrhein-Westfalen ist ebenfalls früherer SS-Sturmbannführer.»

Nach Aufzählung weiterer Beispiele, auf die wir hier aus Raumgründen verzichten müssen, spricht Flechtheim über die Parteienentwicklung:

«Die Parteienentwicklung steht seit 1945 in Westdeutschland – ähnlich wie der ganze Lebenszuschnitt – im Zeichen einer weitreichenden ‚Amerikanisierung'. Das Gesicht der Parteien wandelt sich dabei vor allem in dreifacher Hinsicht: 1. Die Zahl der Parteien geht zurück – einige wenige typische Monopolparteien beherrschen das politische Leben. 2. Diese Großparteien ‚institutionalisieren' sich – sie werden immer mehr zu quasi Staatsparteien. 3. Die progressiven und dynamischen Kräfte und Elemente im Parteisystem werden schwächer und sind in Gefahr, ganz zu verschwinden.»

Flechtheim schildert dann die Kräfte «vom Bundesverband der deutschen Industrie bis zur Katholischen Kirche», die der CDU mit Mitteln aller Art geholfen haben und helfen, ihre Machtposition systematisch auszubauen. Er schildert weiter die Gefahren, die mit der «Institutionalisierung der beiden entscheidenden Parteitypen» verbunden sind: «Die Parteien suchen sich den Staat für sich und ihre Anhänger zunutzezumachen – er soll ihren ideellen und materiellen Interessen dienen. So wird er, ohne aufzuhören Klassenstaat zu sein, zugleich zum Massen- und Parteienstaat. Wird aber der Staat zum Objekt der Parteien, so werden zugleich die Parteien zunehmend zu Objekten des Staates – zu Staatsparteien.»

Nach einer weiteren genauen Schilderung dieser bedenklichen Entwicklung sagt Prof. Flechtheim abschließend:

«1949 hatte das Grundgesetz zumindest die Grundrechte des Bürgers zu zementieren versucht. Der erste entscheidende Einbruch in die Freiheitssphäre erfolgte 1956 mit der Wiederaufrüstung – seitdem hat sich der Akzent immer stärker vom Sozialstaat auf den Rüstungsstaat verlagert. Und die Kriegsvorbereitung bedroht nun auch den Kern der Freiheits- und Grundrechte. Insofern ist die Spiegel-Affäre alles andere als ein Zwischenfall – sie ist ein Symbol für den Versuch, einen ‚autoritären Besitzverteidigungsstaat' zu errichten, der zugleich Militärstaat ist. Die unmittelbar bevorstehende Notstandsgesetzgebung würde voraussichtlich die Demontage der Demokratie vollenden.

Während sich in England der Staat in den Formen der Monarchie mit demokratischem Gehalt erfüllt hat, füllt sich in Westdeutschland die demokratische Staatsform mit autokratischem Inhalt – da die Machthaber die Autorität zu sehr lieben und die Massen noch nicht zur Demokratie mündig geworden sind. Es bleibt so nur die Hoffnung, daß die weltpolitische Entspannung und der Sieg der demokratischen Kräfte im Ausland schließlich auch den fortschrittlichen Kreisen in Deutschland neuen Auftrieb geben werden.»

Dr. Walter Fabian

«Gewerkschaftliche Rundschau», Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Redaktor: Giacomo Bernasconi, Monbijoustraße 61, 3000 Bern, Telephon (031) 45 56 66, Postscheckkonto 30-2526. Jahresabonnement: Schweiz Fr. 14.—, Ausland Fr. 16.—; für Mitglieder der dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände Fr. 7.—. Einzelhefte Fr. 1.50. Druck: Unionsdruckerei Bern.